



Grünes Bündnis  
 Stadt Bern  
 Postfach 6411  
 Neubrückestrasse 17  
 3001 Bern  
 Tel. 031 301 82 09  
 Fax 031 302 88 78  
 info@gbbern.ch  
 www.gbbern.ch  
 PC 30-37923-6

# gb.links

- Baumeister als Risikofaktor
- Ein Bettelverbot löst keine sozialen Probleme
- Das Ende der Wende



Erfolg für die Tagesschul-Initiative im Kanton Bern

## Schub für die Kinderbetreuung

Bundesrätin Doris Leuthard lobt die Stadt Bern, die mehr Kitas hat als der ganze Kanton Aargau. Trotz Erfolgen braucht es noch mehr Kita-Plätze.

Ab August werden im ganzen Kanton Bern Tagesschulen eingeführt. Dies wurde vom Grossen Rat Anfang Jahr beschlossen. Damit wird die vom Grünen Bündnis mitgetragene Volksinitiative sehr rasch umgesetzt.

Im März 2006 hat ein Bündnis von 23 Organisationen die Initiative für mehr Tagesschulen lanciert und mit gut 17 000 Unterschriften eingereicht. Die Initiative ist ein wahres Erfolgsprojekt: Im Eiltempo legte der Grüne Erziehungsdirektor Bernhard Pulver ein Jahr später einen gut vorbereiteten Gegenvorschlag vor. Dieser wurde vom Grossen Rat ohne Gegenstimme (!) verabschiedet – die Initiative konnte zurückgezogen werden.

### Pionierleistung

Die Tagesschulen sind Teil der öffentlichen Volksschule und haben einen Bildungs-

auftrag. Der finanzielle Anteil des Kantons ist mit 70 Prozent der Lohnkosten gleich hoch wie bei der Schule. Jede Gemeinde, in der eine Nachfrage von mindestens 10 Kindern besteht, muss in Zukunft eine Tagesschule einführen und den Bedarf jedes Jahr neu ermitteln. Unter dem Druck der Initiative hat sich der Kanton Bern für ein flächendeckendes Betreuungsangebot an den Schulen ausgesprochen, was in der Schweiz einmalig ist. Diese schnelle Umsetzung trägt entscheidend zur Lebensqualität bei: Verbesserungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der sozialen Integration und der Bildungschancen können endlich realisiert werden.

### Tagesschulen in der Stadt gesichert

Auch für die Stadt Bern bedeutet der Ausbau des Tagesschulangebots ein grosses Aufatmen: Die Tagesschulen in der Stadt sind finanziell gesichert, der Kanton kann das zugesprochene Geld nicht mehr stoppen. Dies ist auch mehr als angebracht, wäre doch ohne die Vorreiterrolle

der Stadt Bern, die trotz knapper Stadtfinanzen das Tagesschulangebot jedes Jahr ausbaute, die Einführung von Tagesschulen im ganzen Kanton Bern nicht möglich gewesen.

### Nun auch Schwung für Ausbau von Kitas

Die gute Entwicklung bei den Tagesschulen soll Schule machen; eine Offensive bei den Kindertagesstätten ist mehr als überfällig. Obwohl auch hier die Stadt Bern mit gutem Beispiel vorangeht, klaffen Angebot und Nachfrage noch weit auseinander. Das Gerangel um die vorhandenen Plätze ist gross. Da die Kitas die Plätze selbst vermitteln, haben Eltern mit einem weniger guten Beziehungsnetz oft das Nachsehen. Dies gilt insbesondere für Eltern mit Migrationshintergrund und bildungsferne Eltern. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, fordert das Grüne Bündnis mit einem Vorstoss die Stadt auf, eine zentrale Vermittlungsstelle einzuführen. Ein zweiter Vorstoss verlangt, dass Kinder mit Migrationshintergrund auch Anrecht auf

einen Kita-Platz haben, wenn ein Elternanteil nicht erwerbstätig und von der Sozialhilfe abhängig ist. Die gängige Praxis der Sozialdienste verwehrt diesen Kindern den Kita-Besuch. Damit wird verhindert, dass sie früh Deutsch lernen, mit anderen Kindern in Kontakt kommen und dadurch früh integriert werden. Und genau dies wäre hinsichtlich des späteren Schulerfolgs und der daraus resultierenden Berufs- und Lebenschancen mehr als notwendig. Denn auch hier gilt: Je früher wir alle Kinder in ihrer Entwicklung (Sprache, soziale Kompetenz, Bewegung) fördern, desto mehr tun wir für ihre Integration. Dadurch können spätere Folgekosten massiv gesenkt werden.

Cristina Anliker-Mansour, Stadträtin GB  
 Corinne Schärer, Grossrätin Grüne

Erwähnte Vorstösse Stadt Bern s. www.gbbern.ch

### AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

## gb.links

● 8.–29. April, jeweils 18.15–20 Uhr, Hauptgebäude der Universität Bern, Hörsaal 201, Vortragsreihe zum Thema «Klimawandel – eine Herausforderung für die Schweiz». Infos: www.oeschger.unibe.ch

● Fr, 25. April, 9–18 Uhr, Kornhausforum Bern, Stadtsaal, 1. OG. **Palästina/Israel 1948–2008.** Tagung des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina. Infos und Anmeldung: www.cfd-ch.org

● Do, 1. Mai. **1.-Mai-Feier.** Ab 11 Uhr Kundgebung auf dem Kornhausplatz. Beiträge von Christine Goll, Alexander Tschäppät, **Regula Rytz**, Daniel Mulis und Manmohan Shastri. Anschliessend Fest und Konzert in der Zeughausgasse und Veranstaltungen im Hotel Bern. Infos: www.gbbern.ch

● Do, 1. Mai, nachmittags. **Lenincup auf der Allmend.** Anmeldung und Auskunft: gerber.thomas@bluemail.ch

### Talon

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Adresse: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 e-mail: \_\_\_\_\_

Ich bestelle \_\_\_ Expl. Unterschriftenbogen für die **Initiative «autofreier Bahnhofplatz».**

Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis.** Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis.** Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

### Impressum

Redaktionsschluss gb.links 3/2008: 24. April.  
 Redaktion: Angela Mattli, Karin Jenni, Natalie Imboden.  
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

## gb.tipp



### Der öffentliche Raum – ein gesellschaftlicher Seismograph

#### Veranstaltung des Grünen Bündnis Stadt Bern

Die Wegweisung, die «Züchtigung des Anstössigen» oder die europäische Stadt als Ort der Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit  
 Der öffentliche Raum ist ein städtisches Gut. Wie pflegt die Stadt dieses Gut? Versteckt sich hinter dem Anspruch «saubere Stadt» ein moralischer Imperativ? Ist der öffentliche Raum ein ästhetisches Transit oder Ort des Erlebens kultureller Vielfalt?  
 Werden durch Reglemente die sogenannten Randständigen aus dem öffentlichen Raum gedrängt und dadurch in ihren Grundrechten beschnitten?

**Dr. Johanna Rolshoven**, Dozentin am Centre for Cultural Studies in Architecture der ETH Zürich, wirft in ihrem Referat einen Blick hinter die Kampagnen für saubere Städte und zeigt auf, was Reglemente, Wegweisungen und Nutzungskonzepte damit zu tun haben.

Dienstag, 6. Mai, 19.30 Uhr, Bildungszentrum WWF, Bollwerk 35, 1. Stock, Bern

## gb.bewegt

**Frauenpolitik**  
 Montag, 19. Mai, 19 Uhr,  
 GB-Sekretariat  
**Ökologie**  
 Montag, 21. April, 19 Uhr,  
 GB-Sekretariat

**Internationales und Migration**  
 Kontakt: Martin Wälchli,  
 internationales-migration@gbbern.ch  
**Bildung (kantonale AG)**  
 Kontakt: Corinne Schärer,  
 corinne.schaerer@vpodbern.ch

**Nationale Politik**  
 Kontakt: Hasim Sancar,  
 sancars@bluewin.ch  
**Leitender Ausschuss**  
 Mittwoch, 2. April, 20 Uhr,  
 GB-Sekretariat

# Baumeister als Risikofaktor



500 Bauarbeiter streikten am 12. März in Basel. Im März sind in weiteren Kantonen Streiks geplant.

**Seit zehn Monaten tobt im Baugewerbe einer der härtesten Arbeitskämpfe. Im vergangenen Dezember lag eine Lösung auf dem Tisch. Doch die Baumeister brachen Wort und sind nun verantwortlich dafür, dass der Konflikt weiter eskaliert und die Schweiz massiven Schaden nimmt.**

Die Arbeitsbedingungen auf dem Bau sind knochenhart. Jahr für Jahr verunfallt ein Viertel aller Bauarbeiter. 337 Bauarbeiter wurden 2006 invalid, 33 starben. Ungesund sind der Stress und die langen Arbeitszeiten – bereits heute sind im heissen Sommer Arbeitstage von zehn und mehr Stunden normal. Doch der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) wollte noch mehr. Die Folgen wären noch unanschaulichere Arbeitstage im Sommer, mehr Unfälle und höhere Risiken für die Bauarbeiter.

#### Baumeister kündigen den Vertrag

Die Bauwirtschaft boomt, die Ertragslage ist gut. Dennoch wollen die Baumeister die Arbeitsbedingungen verschlechtern und haben im Mai 2007 einseitig den bis 2009

gültigen Landesmantelvertrag (LMV) vorzeitig gekündigt.

Im vergangenen Herbst traten mehr als 9000 Bauarbeiter in den Streik, um ihren LMV zu verteidigen. Nach einem harten Arbeitskampf stimmten die Gewerkschaften dem Vorschlag des SBV nach einer Mediation zu und akzeptierten den von Bundesrätin Doris Leuthard vorgeschlagenen Mediator Jean-Luc Nordmann. Am 18. Dezember 2006 einigten sich die Verhandlungsdelegationen schliesslich auf einen neuen LMV.

#### Wortbruch der Baumeister

Baumeister und Gewerkschaften hatten die Spielregeln für die Mediation vertraglich vereinbart: Es wird so lange verhandelt, bis eine Lösung auf dem Tisch liegt, Nachverhandlungen sind ausgeschlossen und nach dem Abschluss müsse jeder «alles in seiner Macht stehende zu tun, um das Resultat in den zuständigen Gremien bestätigen zu lassen». Doch entgegen allen Abmachungen vertrat Baumeisterpräsident Werner Messmer an der Delegiertenversammlung des Baumeisterverbandes gleich selber den Rückweisungsantrag und verlangte Nachverhandlungen.

#### Front der Baumeister bröckelt

Bereits am Tag nach der Ablehnung des neuen LMV durch die Delegierten stellte sich die grösste Baufirma Implenia öffentlich gegen den Entscheid. Inzwischen haben auch die Baumeister im Tessin und im Wallis dem neuen Landesmantelvertrag zugestimmt, weitere Kantone dürften folgen. Doch kantonale Verträge taugen nur als Übergangslösung. Um wirksam gegen

Lohn- und Sozialdumping vorgehen zu können, braucht es einen nationalen und allgemeinverbindlichen Vertrag. Weigert sich die SBV-Spitze weiter, den ausgehandelten Vertrag zu akzeptieren, wird dies für die gesamte Baubranche katastrophale Auswirkungen haben – ausländische Firmen können ohne Mindestlöhne tiefer offerieren und würden die Dumpingspirale antreiben – und letztlich die Fortführung der Personenfreizügigkeit gefährden.

#### Ideologischer Kampf gegen Gewerkschaften

Gemäss seinen jüngsten Forderungen will der Baumeisterverband nun auch noch Gewerkschaftsmitglieder finanziell benachteiligen – ein rein ideologisch motivierter Versuch, die Gewerkschaften zu schwächen. Bisher haben Nichtgewerkschaftsmitglieder, welche auch vom LMV profitieren, mit einem Berufsbeitrag einen Beitrag an die Kosten des Vertrages geleistet. Jetzt wollen die Baumeister Gewerkschaftsmitglieder doppelt bezahlen lassen: Einmal mit dem Gewerkschaftsbeitrag und ein zweites Mal mit einem Berufsbeitrag, den alle zu entrichten hätten. Ohne Kurswechsel an der Spitze des SBV wird es auf dem Bau für absehbare Zeit keinen nationalen Vertrag geben. Lohn- und Sozialdumping, regelmässige Streiks sowie eine Gefährdung der Fortführung der Personenfreizügigkeit sind die Folgen. Ein sehr hoher Preis, welcher die Schweiz für die ideologisch motivierten Extrawünsche und Wortbrüche einer boomenden Branche zu bezahlen hat.

Nico Lutz, Co-Leiter Kommunikationsabteilung Unia



#### Das Ende der Wende

Die im letzten Jahr zahlreichen Medienberichte über eine bevorstehende Wende in der Stadt Bern sind erstaunlich schnell verschwunden. Da ist offenbar sehr viel Pulver schon im Vorwahljahr verschossen worden. Auch der allgemeine Ärger über die engen Verhältnisse rund um den Bahnhof, eines der ganz grossen Aufreger-Themen im Jahr 2007, hat sich gelegt, seitdem die Trams wieder durchgehend fahren und der neue Bahnhofplatz Konturen annimmt. Heute dominiert die Vorfremde auf den Baldachin, und viele, nicht nur Rot-Grüne, engagieren sich schon jetzt für einen verkehrsfreien Bahnhofplatz.

Für die RGM-Parteien positiv ins Gewicht fällt auch, dass sie sich kein Gezänk um die Gestaltung der Gemeinderatsliste geliefert haben. Ganz im Gegensatz zu den Bürgerlichen, die seit Monaten keine Peinlichkeit auslassen. Vorläufige Höhepunkte: der Umgang mit Polizeidirektor Stephan Hügli und der Flirt der FDP mit Jimmy Hofer – inklusive Versuch, den konkursiten Rocker als erfolgreichen Geschäftsmann zu positionieren.

Es sieht also gut aus derzeit. Aber Vorsicht: Die Schwäche des politischen Gegners ist nicht einfach unsere Stärke. Deshalb dürfen wir uns keinesfalls auf den Lorbeeren ausruhen. Vielmehr gilt es, in den nächsten Monaten unsere sozialen und ökologischen Inhalte ungeachtet der bürgerlichen Pannen in einen eigenständigen und kreativen Wahlkampf einzubringen.

Urs Frieden, Stadtrat GB

## gb.abstimmung

Am 1. Juni findet die **Abstimmung über das neue Bahnhofreglement** statt. Mit diesem Reglement würde in der Stadt Bern ein Sonderrecht für einen Teil des öffentlichen Raumes geschaffen werden, welches einschneidende Verletzungen der Grundrechte zur Folge hätte. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen und vor dem Hintergrund des andauernden «Bern-Bashings» wird der Abstimmungskampf schwierig und hart. Um zu gewinnen, braucht es eure Unterstützung, z.B.:

- Beitritt zum SympathisantInnenkomitee [www.bahnhofreglement-nein.ch](http://www.bahnhofreglement-nein.ch)
- Finanzielle Beiträge an: Verein zur Verteidigung der Grundrechte, 3000 Bern, PC 30-621244-6, Vermerk «Komitee»
- Anderweitiges Engagement: Kontaktaufnahme über [info@bahnhofreglement-nein.ch](mailto:info@bahnhofreglement-nein.ch)

Herzlichen Dank für jeden Beitrag! Mehr Informationen gibt es auf: [www.bahnhofreglement-nein.ch](http://www.bahnhofreglement-nein.ch)

## gb.aktion

In der Nacht auf den 6. April wird der Bahnhofplatz für den Autoverkehr wiedereröffnet. Mit der Aktion **«Autofreier Bahnhofplatz – Auf Wiedersehen»** möchte das GB den autofreien Bahnhofplatz verabschieden und gleichzeitig auf die Initiative **«autofreier Bahnhofplatz»** aufmerksam machen. Der Abschiedsapéro und die Aktion finden am Sa, 5. April, von 17–19 Uhr beim Bahnhofshaupteingang statt. Bitte Gläser und Getränke mitbringen!

## gb.sekretariat



Seit Februar arbeitet **Angela Mattli** auf dem GB-Sekretariat. Sie hat in Fribourg ihr Studium in Geschichte und Politikwissenschaften abgeschlossen, ein Praktikum bei der Gleichstellungsbeauftragten des EDA absolviert und als politische Sekretärin bei der Alternativen Liste (AL) in Zürich gearbeitet. Wir freuen uns, dass Angela nun tatkräftig dem GB zur Seite steht und motiviert mit uns in den Wahlkampf steigt!

**Reto Moosmann** danken wir nochmals herzlichst für seine zweijährige wertvolle Tätigkeit auf dem GB-Sekretariat und wünschen ihm alles Gute!

#### Grüne Köpfe: Karin Gasser, GB-Stadträtin

## «Bettelverbot löst keine sozialen Probleme»

**Die 32-jährige Soziologin Karin Gasser arbeitet bei der Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme und hat vor einigen Jahren eine vielbeachtete Lizenzarbeit zum öffentlichen Raum (Kriminalpolitik oder Citypflege?) verfasst. Die Baselbieterin ist Mutter einer einjährigen Tochter und spielt Gitarre in einer Frauenband. Sie ist seit Januar 2005 im Stadtrat.**

**Rund um den Bahnhofplatz gibt es Nutzungskonflikte und politische Diskussionen. Als Soziologin hast du dich mit dem öffentlichen Raum beschäftigt. Was ist in Bern los?**

Bern ist eine kleine Stadt, alles findet auf engem Raum statt – während des Bahnhofplatzumbaus erst recht. Trotzdem wollen die BernerInnen grossstädtisch sein, und gleichzeitig fürchten sie sich vor allem Grossstädtischen und den Irritationen, die das städtische Leben halt ein Stück weit mit sich bringt.

**Du bist gegen das Bahnhofreglement. Warum?**

Ich bin dagegen, dass der öffentliche Raum immer stärker reglementiert wird und dass infolge dessen Menschen ausgegrenzt werden, die sich darin aufhalten möchten. Es gibt bereits genügend Gesetze, die man anwenden könnte, wenn es darum geht, Ruhestörungen, Gewalt, Verschmutzungen usw. zu verhindern. Ein neues Reglement ist unnötig und ein Bettelverbot löst keine sozialen Probleme.

**Du hast jüngst ein Verkaufsverbot von Alkohol in Geschäften am Bahnhof Bern**

**gefordert. Inzwischen hat die SBB ein Verkaufsverbot ab 22 Uhr beschlossen. Wie erklärst du dir diesen zügigen Entscheid?** Die SBB hat wohl zu rechnen begonnen und gemerkt, dass sie einiges an Reinigungs- und Sicherheitskosten einspart, wenn abends vor den Bahnhofsläden weniger öffentliche Besäufnisse stattfinden. Dafür sind sie bereit, ein Stück Wirtschaftsfreiheit zu beschneiden. Kriminalisiert wird mit einer solchen Massnahme – im Gegensatz zum Bahnhofreglement – niemand.

**Du forderst, dass sich die Stadt Bern aktiver für soziale Wohnbaupolitik und genossenschaftliches Wohnen einsetzt (z.B. mit günstigen Darlehen). In Bern wird nach Jahrzehnten endlich wieder gebaut. Warum braucht es noch Wohnbaugenossenschaften?**

Wohnbaugenossenschaften sind nicht gewinnorientiert und können deshalb günstigen Wohnraum anbieten. Sie ermöglichen den BewohnerInnen mitzubestimmen. Bern sollte Wohnbaugenossenschaften aktiver fördern, so wie dies in Zürich seit Jahrzehnten geschieht.

**In Bern werden immer wieder Grenzwerte beim Feinstaub überschritten. Vor zwei Jahren hast du vom Gemeinderat ein Massnahmenpaket gegen Feinstaub gefordert. Wo klemmt es?**

Die Stadt müsste bei Grenzwertüberschreitungen endlich handeln und Sofortmassnahmen ergreifen, z.B. die Einführung von Tempo 30 auf allen Gemeindestrassen oder die Durchführung von autofreien Tagen. Es ist doch einfach nicht zu glauben,



Karin Gasser (rechts) zusammen mit Franziska Schnyder beim Begrünen des öffentlichen Raums.

dass die Grenzwerte ständig überschritten werden und der Autoverkehr ohne Einschränkungen weiter rollt.

**Du forderst ein transparenteres Anmelde-system für Kinderbetreuungsplätze. Wo liegt das Problem?**

Das jetzige dezentrale System ist zu intransparent – die Plätze werden teilweise einfach denen vergeben, die am lautesten «bellen». Wir sind der Meinung, dass eine zentrale Vermittlungsstelle ein faireres Verfahren garantieren könnte. In Basel funktioniert das jedenfalls gut.

Interview: Natalie Imboden